



EUROPEAN COMMISSION

Johannes Laitenberger

Director-General for Competition, European Commission

ECN upgraded – Zusammen für mehr Wettbewerb in Europa

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

EuZW 3/2016 Beck Verlag
5 February 2016

Ein funktionierender europäischer Binnenmarkt ist eines der Kernanliegen der Europäischen Kommission. Die europäischen Wettbewerbsregeln sind untrennbar damit verbunden: nur im fairen Wettbewerb und mit offenen Märkten kann der Binnenmarkt sein Potenzial zum Nutzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmen voll entfalten. Deshalb arbeitet die Generaldirektion Wettbewerb zusammen mit den Wettbewerbsbehörden der Mitgliedsstaaten daran, die Wettbewerbsvorschriften noch wirksamer durchzusetzen.

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 vor mehr als zehn Jahren begann eine neue Ära in der Zusammenarbeit der europäischen Wettbewerbsbehörden und der Anwendung des Wettbewerbsrechts. Seitdem sind die nationalen Behörden befugt, Artikel 101 und 102 AEUV direkt und in ihrer Gesamtheit anzuwenden. Gleichzeitig findet im Netz der Wettbewerbsbehörden (European Competition Network, ECN) eine intensive Abstimmung dazu statt.

Von den über 1000 Entscheidungen, die die Kommission und die nationalen Behörden seit dem 1. Mai 2004 angenommen haben, gehen fast 85% auf das Konto der mitgliedstaatlichen Behörden. Diese sind damit für die Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts unverzichtbar geworden. Die Europäische Kommission hätte allein mit ihren Fällen keine solche Breitenwirkung erzielen können. Die parallele Anwendung auf nationaler und europäischer Ebene führt damit eindeutig zu einer effektiveren Abschreckung bzw. Verfolgung von Unternehmen, die mit dem Gedanken spielen, gegen europäische Wettbewerbsregeln zu verstoßen oder die Verstöße begehen. Ebenfalls positiv hat sich ausgewirkt, dass die nationalen Wettbewerbsbehörden vor Ort oft eine genauere Kenntnis von regionalen und lokalen Märkten haben.

Für die Europäische Kommission ist die Zusammenarbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den nationalen Wettbewerbsbehörden zu einem festen Bestandteil unserer täglichen Arbeit geworden. Dadurch hat sich eine gemeinsame Wettbewerbskultur herausgebildet und die europäischen Regeln werden in Europa insgesamt kohärent und so häufig wie nie zuvor angewendet. Das neue System hat den Praxistest bestanden, und damit die Kritiker widerlegt, die genau das bei seiner Einführung bezweifelt haben.

Die Kommission hat deshalb in ihrer Mitteilung "Zehn Jahre Kartellrechtsdurchsetzung auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1/2003" von 2014 insgesamt ein positives Fazit des neuen Systems gezogen. Trotzdem gibt es natürlich Bereiche, in denen Verbesserungen möglich und auch nötig sind. Insbesondere zeigt die Mitteilung

Ansatzpunkte auf, um die Durchsetzungsbefugnisse der nationalen Behörden schlagkräftiger zu machen.

So zeigt die praktische Erfahrung, dass theoretische Befugnisse allein nicht genügen: die Behörden müssen auch die nötigen Mittel und praktischen Werkzeugnisse haben, diese effektiv durchzusetzen. Bei vielen der mitgliedstaatlichen Behörden ist dies – zumindest in einigen Teilbereichen – nicht der Fall.

Zum Beispiel können einige Behörden bei Durchsuchungen zur Aufdeckung von Kartellverstößen keine auf Laptops, Tablets oder Mobiltelefonen gespeicherten Daten kopieren.

Auch die derzeitige Geldbußenpraxis gibt Anlass zur Sorge. In manchen Mitgliedstaaten sind die Wettbewerbsbehörden nicht in der Lage, bei Wettbewerbsrechtsverstößen effektive und abschreckende Geldbußen aufzuerlegen bzw. diese auch einzutreiben. So können zum Beispiel in Deutschland Unternehmen bereits verhängte Geldbußen durch Umstrukturierung unter Nutzung von gesetzlichen Schlupflöchern umgehen. Außerdem ist die Geldbußenberechnung von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich. So können manche mitgliedstaatlichen Behörden Geldbußen nicht für die gesamte Dauer eines Verstoßes, sondern nur für einen kleinen Teil davon verhängen. Im Einzelfall kann das dazu führen, dass derselbe Verstoß in einem Mitgliedstaat mit einer bis zu 25 Mal höheren Geldbuße als in einem anderen bestraft werden kann. Diese Unterschiede sind nur schwer mit dem Gedanken eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes zu vereinbaren.

Auch bei den Kronzeugenregelungen ließe sich noch manches verbessern. Diese Regelungen helfen bei der Aufdeckung von Kartellen – allerdings nur, wenn sich kooperationswillige Unternehmen von vorneherein sicher sein können, wofür die von ihnen gelieferten Informationen verwendet werden. Für grenzüberschreitende Kartelle bedeutet dies, dass Rechtssicherheit auch über Landesgrenzen hinaus gewährleistet sein muss. Um in solchen Fällen betroffenen Unternehmen die Inanspruchnahme von Kronzeugenregelungen in mehreren Mitgliedsstaaten gleichzeitig zu erleichtern, hat sich das ECN auf ein gemeinsames System von Kurzform-Kronzeugenanträgen, das sogenannte ECN Leniency Model Programme, verständigt. Trotzdem gibt es immer noch signifikante Unterschiede, wie solche Kurzform-Anträge in verschiedenen Mitgliedsstaaten behandelt werden. Manche Mitgliedsstaaten erkennen diese Anträge gar überhaupt nicht an. Dies schadet der bereits erwähnten grenzüberschreitenden Rechtssicherheit und damit der Bereitschaft von Unternehmen, bei der Aufdeckung von Kartellen aktiv mitzuhelfen.

Die Glaubwürdigkeit einer Wettbewerbsbehörde steht und fällt mit ihrer Unabhängigkeit, d.h. mit ihrer Fähigkeit, Recht und Gesetz unparteiisch und ohne irgendwelche Einflussnahme Dritter anzuwenden. Tatsächlich verfügen derzeit noch nicht alle mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden über ausreichende (gesetzliche oder budgetäre) Garantien für ihre Unabhängigkeit. Das ist Anlass zur Sorge.

In diesem Zusammenhang steht auch das Problem, dass einige der mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden nicht über ausreichende Finanz- und/oder Personalmittel verfügen, um ihre Aufgaben effektiv wahrzunehmen. So sind z.B. manche Behörden nicht in der Lage, bei Durchsuchungen alle Mitglieder eines Kartells gleichzeitig abzudecken. Das kann zur Vernichtung wichtiger Beweismittel führen.

In allen diesen Bereichen stellt sich die Frage, wie man nationale Wettbewerbsbehörden so stärkt, dass sie die europäischen Wettbewerbsregeln wirksamer durchzusetzen können. EU-Wettbewerbskommissarin Vestager hat deshalb im November 2015 eine öffentliche Konsultation¹ gestartet, um Meinungen dazu einzuholen, wie man erreichen kann, dass nationale Wettbewerbsbehörden (1.) wirksame Instrumente zur Aufdeckung und Ahndung von Verstößen haben, (2.) über Kronzeugenregelungen verfügen, die Unternehmen genügend Anreiz bieten, bei der Aufdeckung von grenzüberschreitenden Kartellen mit den Wettbewerbsbehörden zusammenzuarbeiten und (3.) unabhängig handeln können und mit angemessenen Finanz- und Personalmitteln ausgestattet sind.

Die Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden mit dem Ziel einer (noch) effektiveren Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts würde gerechtere und gleichere Wettbewerbsbedingungen für die im europäischen Binnenmarkt tätigen Unternehmen schaffen. Die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher könnten davon ganz konkret profitieren: die konsequente Anwendung der Wettbewerbsregeln schützt sie vor illegalen Geschäftsmethoden, die Kosten und Preise künstlich nach oben treiben und bringt ihnen ein breiteres und besseres Angebot an innovativen Waren und Dienstleistungen.

Bestimmte Mindeststandards für die nationalen Wettbewerbsbehörden würden auch die Glaubwürdigkeit und Effektivität des ECN stärken, das als Ganzes mehr ist als die Summe seiner Teile. Die Zusammenarbeit und Synergien zwischen derart gestärkten und durch eine gemeinsame

¹ http://ec.europa.eu/competition/consultations/2015_effective_enforcers/index_de.html

Wettbewerbskultur geeinten Wettbewerbsbehörden im Netzwerk würde die Wettbewerbsfähigkeit Europas nachhaltig fördern.

Die Europäische Kommission ist nun gespannt auf die Stellungnahmen von Betroffenen, aber auch aus der breiten Öffentlichkeit. Wir werden diese sehr genau studieren, bevor die Kommissarin und die Kommission über das weitere Vorgehen entscheiden.